

Fallstudie 2 – familienrecht – sorgerecht - Ungarn

Kosten in Ungarn

Kosten der alternativen Streitbeilegung (ADR)

Fallstudie Alternative Streitbeilegung (ADR)

	Ist ADR in einem solchen Fall möglich?	Kosten
Fall A	Ja. Wenn die Eltern keine Einigung über die praktische Ausübung des Umgangsrechts erzielen, können sie eine Mediation aus Gründen des Kindeswohls beantragen. Die Mediation kann auch während eines Vollstreckungsverfahrens beantragt werden. Anträge auf Änderung eines Gerichtsbeschlusses zum Umgangsrecht können binnen zwei Jahren nach Eintritt der Rechtskraft des Beschlusses nur beim selben Gericht gestellt werden, dem die Entscheidungsbefugnis obliegt.	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator.
Fall B	Ja. Wenn die Eltern keine Einigung über die praktische Ausübung des Umgangsrechts erzielen, können sie eine Mediation aus Gründen des Kindeswohls beantragen. Die Mediation kann auch während eines Vollstreckungsverfahrens beantragt werden. Sind seit der rechtskräftigen Scheidung oder dem Abschluss des Sorgerechtsverfahrens mehr als zwei Jahre vergangen, kann das Jugendamt die Einigung der Eltern bestätigen oder auf deren Ersuchen selbst über das Umgangsrecht entscheiden.	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator.

Anwalts-, Gerichtsvollzieher- und Sachverständigengebühren

Fall-studie	Rechtsanwalt	Gerichtsvollzieher	Sachverständiger
	Besteht Anwaltszwang?	Durchschnittliche Kosten	Muss der Gerichtsvollzieher in Anspruch genommen werden?
			Muss ein Sachverständiger herangezogen werden?
			Kosten
			Nein. Das Gericht kann einen Sachverständigen auf Ersuchen der beweisführenden Partei bestellen, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.
			Der Sachverständige legt sein Honorar selbst fest. Ordnet das Gericht die Beweisaufnahme von Amts wegen an, bestimmt sich das Honorar nach den betreffenden gesetzlichen Regelungen.
Fall A	Nein	Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.	Nein

Fall-studie Rechtsanwalt

	Besteht Anwaltszwang?	Durchschnittliche Kosten	Gerichtsvollzieher Muss der Gerichtsvollzieher in Anspruch genommen werden?	Sachverständiger Muss ein Sachverständiger herangezogen werden?	Kosten
		Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.		Nein. Das Gericht bestellt einen Sachverständigen auf Antrag der beweisführenden Partei, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.	Der Sachverständige legt sein Honorar selbst fest. Ordnet das Gericht die Beweisaufnahme von Amts wegen an, bestimmt sich das Honorar nach den gesetzlichen Regelungen.
Fall B	Nein		Nein		

Zeugenentschädigung

Fallstudie Zeugenentschädigung

	Haben Zeugen einen Anspruch auf Entschädigung?	Kosten
Fall A	Ja	Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.
Fall B	Ja	Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.

Prozesskostenhilfe und Erstattungen

Fall-studie Prozesskostenhilfe

	Wann werden die gesamten Kosten übernommen?	Kann die obsiegende Partei die Erstattung der Streitkosten verlangen?	Erstattung von Auslagen Bei anteiliger Erstattung: Wie hoch ist dieser Anteil in der Regel?	Welche Kosten sind nicht erstattungsfähig?	Gibt es Fälle, in denen die Prozesskostenhilfe zurückzahlen ist?
	Voraussetzungen				

				In begründeten Fällen kann das Gericht die zu erstattende Anwaltsgebühr kürzen, wenn es diese für überhöht erachtet.	
	Wenn nach den vorliegenden Informationen anzunehmen ist, dass die voraussichtlichen Verfahrenskosten den Antragsteller an der Rechtsverfolgung hindern.	Ja, die unterlegene Partei muss auf Anordnung die Kosten der obsiegenden Partei erstatten; dies gilt vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Bestimmungen, die z. B. ungeachtet der Entscheidung des Gerichts eine andere Partei zur Übernahme der Kosten verpflichten.	Bei teilweisem Obsiegen sind die Verfahrenskosten für den erfolgreichen Teil der Klage sowie die vorab geleisteten Zahlungen zu erstatten. Das Gericht kann auch anordnen, dass jede Partei ihre eigenen Kosten trägt.	Die Parteien dürfen nicht zur Übernahme von (vermeidbaren) Kosten verurteilt werden, die aus dem Gericht zu vertretenen Gründen angefallen sind. Der Betrag der an eine Partei zu erstattenden Verfahrenskosten darf den Betrag ihrer Forderung nicht übersteigen.	Ja, wenn sich herausstellt, dass der Begünstigte nicht anspruchsberechtigt war. Die unterlegene Partei muss das vom Staat verauslagte Honorar des gerichtlich bestellten Anwalts direkt an den Staat erstatten. Die unterlegene Partei muss diese Kosten auch dann tragen, wenn sie Anspruch auf Prozesskostenhilfe hat.
Siehe Rubrik „Prozesskostenhilfe“.					
Bei Prozessen, die z. B. das Sorgerecht, die Verbringung eines Kindes oder das Umgangsrecht betreffen, haben die Parteien ungeachtet ihres Einkommens oder ihrer finanziellen Situation ein Recht auf Zahlungsaufschub, d. Fall h. auf Stundung A spezifischer Kosten.	Prozesskostenhilfe wird rechtlicher Beistand kostenlos gewährt, wenn das Einkommen unter der geltenden Mindestaltersrente liegt.				

	Wenn nach den vorliegenden Informationen anzunehmen ist, dass die voraussichtlichen Verfahrenskosten den Antragsteller an der Rechtsverfolgung hindern.			
Siehe Rubrik „Prozesskostenhilfe“.	Im Rahmen der Prozesskostenhilfe wird rechtlicher Beistand kostenlos gewährt, wenn das Einkommen unter der geltenden Mindestaltersrente liegt.	Ja, die unterlegene Partei muss auf Anordnung der obsiegenden Partei erstatten; dies gilt vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Bestimmungen, die z. B. ungeachtet der Entscheidung des Gerichts eine andere Partei zur Übernahme der Kosten verpflichten.	Bei teilweisem Obsiegen sind die Verfahrenskosten für den erfolgreichen Teil der Klage sowie die vorab geleisteten Zahlungen zu erstatten. Das Gericht kann auch anordnen, dass jede Partei ihre eigenen Kosten trägt.	In begründeten Fällen kann das Gericht die zu erstattende Anwaltsgebühr kürzen, wenn es diese für überhöht erachtet. Die Parteien dürfen nicht zur Übernahme von (vermeidbaren) Kosten verurteilt werden, die aus vom Gericht zu vertretenden Gründen angefallen sind. Der Betrag der an eine Partei zu erstattenden Verfahrenskosten darf den Betrag ihrer Forderung nicht übersteigen.
Bei Prozessen, die z. B. das Sorgerecht, die Verbringung eines Kindes oder das Umgangsrecht betreffen, haben die Parteien ungeachtet ihres Einkommens oder ihrer finanziellen Situation ein Recht auf Zahlungsaufschub, d. h. auf Stundung spezifischer Kosten. Bei der Entscheidung über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe können die Lebenshaltungskosten in den Ländern berücksichtigt werden, in denen die Parteien ihren Wohnsitz haben.	Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten sowie Staatsangehörige von Nicht-EU-Staaten, die sich rechtmäßig in einem EU-Mitgliedstaat aufhalten, erhalten Prozesskostenhilfe unter denselben Voraussetzungen wie ungarische Staatsangehörige.			Ja, wenn sich der Begünstigte nicht anspruchsberechtigt war. Die unterlegene Partei muss das vom Staat verauslagte Honorar des gerichtlich bestellten Anwalts direkt an den Staat erstatten. Die unterlegene Partei muss diese Kosten auch dann tragen, wenn sie Anspruch auf Prozesskostenhilfe hat.

Kosten für Übersetzungs- und Dolmetschleistungen

Fall-studie Übersetzen

Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Übersetzungsleistungen notwendig?

Ungefähre Kosten

Dolmetschen

Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Dolmetschleistungen notwendig?

Ungefähre Kosten

		Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben, werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.		Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF. Ist die Hinzuziehung eines Dolmetschers gesetzlich vorgeschrieben, trägt der Staat die Kosten oder verauslagt das Honorar.
Fall A	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.		Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	
		Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben, werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.		Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF. Ist die Hinzuziehung eines Dolmetschers gesetzlich vorgeschrieben, trägt der Staat die Kosten oder verauslagt das Honorar.
Fall B	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.		Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	

■ Letzte Aktualisierung: 16/05/2013

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.